Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Finanzen

Staatshaushaltsplan 2017

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I.**1. Kap. 0201 – Staatsministerium**

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 79	011	Beratungsgutscheine für Bürgerschaftliche Initiativen	<i>statt</i> 0,0 <i>zu setzen</i> 62,5
685 80	011	Zuschüsse zur Förderung von Projekten	<i>statt</i> 400,0 <i>zu setzen</i> 500,0

Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:

Erläuterung: Für interkulturelle Bildungsprojekte der verschiedenen Roma-Gemeinschaften „und Capacity-Building-Projekte“.

im Übrigen Kapitel 0201 zuzustimmen.

2. Kap. 0202 – Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen	<i>statt</i> 1.000,0 <i>zu setzen</i> 1.200,0

im Übrigen Kapitel 0202 zuzustimmen.

3. Kap. 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

zuzustimmen.

4. Kap. 0208 – Führungsakademie Baden-Württemberg

zuzustimmen.

II. Kenntnis zu nehmen:

Von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 02 berührt.

18. 01. 2017

Der Berichterstatter:

Claus Paal

Der Vorsitzende:

Rainer Stickelberger

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen hat den Einzelplan 02 – Staatsministerium des Staatshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 in seiner 8. Sitzung am 18. Januar 2017 beraten.

In die Beratung einbezogen wurde auch die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 23. November 2016 betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 16/1120, soweit sie den Einzelplan 02 berührt.

Die zu dieser Einzelplanberatung schriftlich eingebrachten Änderungsanträge 02/1 bis 02/24 sind diesem Bericht beigelegt (*siehe Anlagen*).

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter des Staatsministeriums und fügt hinzu, dass Herr Ministerpräsident verhindert sei.

Der Berichterstatter trägt vor, der Einzelplan 02 – Staatsministerium – sei im Kern wie die Einzelpläne des Landtags und des Rechnungshofs sowohl hinsichtlich der Mittel als auch der Zahl der Stellen einer der kleinen Einzelpläne des Staatshaushaltsplans. Der Einzelplan 02 umfasse das Staatsministerium, die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und die Führungsakademie Baden-Württemberg. Zum 1. Juli 2016 sei die Landesvertretung Brüssel durch die Regierungsneubildung in das Ministerium der Justiz und für Europa umressortiert worden.

Das Volumen des Einzelplans 02 betrage 2017 39,6 Millionen €. Der Zuschussbedarf belaufe sich auf 37,5 Millionen €.

Er gehe im Folgenden auf eine Reihe von Positionen im Entwurf des Einzelplans 02 ein. Durch seine Erläuterungen werde vielleicht auch schon die eine oder andere Frage beantwortet, die sich ansonsten gestellt hätte.

Erstens: Kapitel 0201 – Staatsministerium –: Durch den Wegfall von zwei Ministern im Staatsministerium sei der Ansatz des Titels 421 01 – Bezüge der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen/der Minister – um 322 000 € gekürzt worden. Aufgrund der daraus resultierenden Anpassung der Verfügungsmittel in Titel 529 02 – Zur Verfügung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen – und Titel 529 03 – Zur Verfügung des Ministers für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen – würden zusätzlich 25 000 € gespart.

Titel 511 01 – Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – und Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. –: Die Mittel aus dem Dritten Nachtrag in Höhe von 88 000 €, Umschichtungen innerhalb des Budgets – 40 300 € – und Mehranforderungen von 198 800 € sollten den gestiegenen Bedarf in diesem Bereich decken. Der Bedarf ergebe sich u. a. aus Planungskosten für das Neue Schloss, dessen Umbau voraussichtlich ab 2018 erfolge, der Medientechnik, Umzugskosten für Sanierungsarbeiten an Gebäuden im Staatsministerium sowie für erhöhte Sicherheitskosten aufgrund der Sicherheitslage und Kosten für erhöhten Wartungsaufwand bezüglich der technischen Geräte im Staatsministerium.

Innerhalb der Titelgruppe 69 – Aufwand für Informationstechnik – ergebe sich bei Titel 534 69 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. – durch erhöhte Sicherheitskosten im IuK-Bereich ein Mehrbedarf von 266 600 €.

Für die Titelgruppe 74 – Zur Beratung der Landesregierung in zukunftsrelevanten wirtschaftspolitischen Fragestellungen – seien noch 50 000 € veranschlagt. Hier würden Einsparungen erbracht, indem man die Ansätze an die Istaussgaben der vergangenen Jahre angepasst habe.

Titelgruppe 77 – Zur Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen –: Der Ansatz sei an den tatsächlichen Bedarf angeglichen worden. Dadurch würden gegenüber dem Vorjahr 20 000 € weniger ausgegeben.

In Titelgruppe 79 – Aufwendungen in Fragen der Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung – schlage ein Mehrbedarf von 497 000 € zu Buche. Hier sollten bewährte Projekte wie die Demokratieforschung, der Planungsleitfaden oder auch

der Ehrenamtspreis ECHT GUT! weitergeführt und verstetigt werden. Zudem sei vorgesehen, die Bürgerbeteiligung weiter zu stärken. Auch die Allianz für Beteiligung e. V. sollte weiter unterstützt werden.

Zweitens: Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen –: Der Bereich Europa sei zum Ministerium der Justiz und für Europa umressortiert worden. Dies habe zum Wegfall der Titelgruppen 75, 76, 79 und 83 in Kapitel 0202 geführt (Europaanliegen; Vertretung des Landes bei der Europäischen Union; Dynamischer Europapool; Strategisches Donaübüro). Dafür sei in Kapitel 0201 die Titelgruppe 82 – Europapolitik – für das Spiegelreferat Europa eingerichtet worden.

Titel 531 04 – Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg –: Um die Einsparverpflichtung zu erfüllen, sei der Mittelansatz um 50 000 € verringert worden.

Titel 537 09 – Gesundheitsmanagement –: Für neue Audits und eine weitere gesetzlich vorgeschriebene Umfrage entstehe ein Mehrbedarf von 10 800 €.

Titel 541 02 – Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung –: Im Hinblick auf gestiegene Kosten für Brandschutz und Sicherheit sowie zur Erfüllung der Versammlungsstättenverordnung würden im Vergleich zum Vorjahr 61 900 € mehr ausgebracht.

Titel 681 01 – Ehrengaben, Ehrensolde, Gratiale und Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg –: Hier seien 18 100 € zusätzlich veranschlagt worden. Der höhere Ansatz gehe auf gestiegene Kosten u. a. für Edelmetalle zurück.

Titel 686 70 N – Zuschuss an die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg –: Zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben erhalte die Stiftung einmalig 2017 einen Zuschuss von 150 000 €. In den Erläuterungen zu dieser Position auf Seite 46 des Einzelplanentwurfs müsse im Übrigen eine Korrektur vorgenommen werden. Der Begriff „Ausgaben“ sei durch „Aufgaben“ zu ersetzen.

Titelgruppe 72 Titel 546 72 – Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit: Sonstiger Sachaufwand –: Für die Übernahme der Präsidentschaft der „Vier Motoren für Europa“ ab Mai 2017, für die EU-Alpenstrategie, für Projekte der Internationalen Bodenseekonferenz sowie für grenzüberschreitende Dialoge entlang des Oberrheins komme es zu einem Mehrbedarf von 90 400 €.

Neu sei die Titelgruppe 85: Humanitäre Projekte Mittlerer Osten. Die veranschlagten Mittel sollten die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und der irakischen Provinz Dohuk stärken. Ziel sei es, vor Ort die Situation der Flüchtlinge und der heimischen Bevölkerung zu verbessern. Hierfür seien 391 600 € intern umgesetzt worden. Zudem schlage ein Mehrbedarf von 281 000 € zu Buche.

Da das Staatsministerium nicht alle Einsparverpflichtungen habe konkretisieren können, sei in Titel 972 01 eine einzelplanspezifische globale Minderausgabe in Höhe von 941 400 € ausgebracht worden.

Drittens: Kapitel 0204 – Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund –: Im Zuge der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit seien die Einnahmeansätze in den Titeln 124 01 und 125 01 – Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung; Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb der Vertretung des Landes beim Bund – um insgesamt 375 000 € angehoben worden. Dies führe zu Erhöhungen der Ansätze bei Ausgabtiteln.

Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit –: Um die Einsparverpflichtung zu erfüllen, habe sich der Ansatz um 50 000 € reduziert.

Titel 531 03 – Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes beim Bund –: Im Rahmen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sei der Ansatz um 150 000 € gesteigert worden.

Die Zahl der Personalstellen sinke 2017 gegenüber 2016 um 48 auf 273. Davon seien acht Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen.

Die Stellenabgänge resultierten aus dem Übergang von 36 Stellen – plus zwei Abordnungsstellen – an das Ministerium der Justiz und für Europa, der Umressortierung des Aufgabenbereichs Europa, der Einsparung von zehn Stellen zur Erfüllung der Stelleneinsparprogramme und dem Vollzug von sechs k.w.-Vermerken. Dem stünden Zugänge gegenüber für zwei Stellen zur Übernahme von

befristet beschäftigten Angestellten, eine Stelle für die Technikleitung im Staatsministerium und eine Stelle für die Veranstaltungstechnik bei der Landesvertretung in Berlin.

Abschließend danke er dem Staatsministerium für die detaillierten und fundierten Auskünfte. Er habe jederzeit nachfragen können und auf alle Fragen eine ausreichende Antwort erhalten.

Der Ausschuss nimmt von der Mitteilung Drucksache 16/1120, soweit diese den Einzelplan 02 betrifft, ohne Widerspruch Kenntnis.

Ferner nimmt der Ausschuss vom Vorwort, von den produktorientierten Informationen sowie der grafischen Übersicht der Fach- bzw. Servicebereiche ohne Widerspruch Kenntnis.

Kapitel 0201

Staatsministerium

Der Vorsitzende ruft folgende Änderungsanträge mit zur Beratung auf: 02/21, 02/3, 02/4, 02/5, 02/6, 02/22, 02/7, 02/8, 02/23 und 02/1.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU legt dar, die AfD schreibe in der Begründung ihres Änderungsantrags 02/8: „Zusätzliche Projekte zur Förderung des Donaumaums sind Doppelförderungen und somit nicht nötig.“ Deshalb wolle die AfD den Ansatz des Titels 685 80 – Zuschüsse zur Förderung von Projekten – auf null reduzieren.

Seines Erachtens habe die AfD den Sinn der angesprochenen Förderung nicht verstanden. Es gehe nicht darum, den osteuropäischen Ländern zusätzlich zu den Mitteln, die sie von der EU erhielten, Gelder zuzuweisen. Vielmehr gehe es darum, die Zusammenarbeit im Donaumaum zu fördern und dort Kooperationspartner zu finden. Dies liege im Interesse Baden-Württembergs und der hiesigen Wirtschaft. Daher sollten Projekte im Donaumaum weiter gefördert werden.

Ein Abgeordneter der Fraktion der SPD äußert, seine Fraktion danke dem Berichterstatter für dessen Erläuterungen. Dadurch bestehe in einigen Punkten schon Klarheit und hätten sich im Grunde alle Rückfragen zu diesem Einzelplan erledigt.

Der Abgeordnete stellt sodann Inhalt und Begründung des von seiner Fraktion eingebrachten Änderungsantrags 02/1 dar. Er fährt fort, das Staatsministerium habe im Rahmen der Beratung des Dritten Nachtrags für 2016 den dabei vorgenommenen Stellenaufwuchs erklärt. Dieser Punkt sei jedoch strittig geblieben. Jeder Regierung sei es überlassen, die von ihr gewünschten Akzente zu setzen. Dies sollte nach Ansicht seiner Fraktion aber haushaltsneutral geschehen. Die SPD behalte sich vor, diesen Punkt erneut aufzugreifen.

Der Staatsminister entgegnet, alle vier jetzt in Rede stehenden Stellenzugänge seien im Einzelplan gegenfinanziert.

Eine Abgeordnete der Fraktion GRÜNE schildert Inhalt und Begründung des Änderungsantrags 02/23.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP führt aus, die von der SPD und den Koalitionsfraktionen begehrte Aufstockung der Zuschüsse sei grundsätzlich sinnvoll. Allerdings werde dadurch zum Teil auch die Marketingstrategie der Stadt Ulm unterstützt, die auf diese Weise größeren Städten an der Donau wie Wien, Bratislava und Belgrad quasi auf Augenhöhe begegnen könne.

Außerdem sei zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Zuschüsse für das alle zwei Jahre stattfindende Internationale Donaifest verwandt werde. Die Finanzierung werde derzeit zu zwei Dritteln von Ulm und einem Drittel von Neu-Ulm erbracht. Hinzu kämen Sponsorengelder von 400 000 €, 500 000 €.

Ein Abgeordneter der Fraktion der AfD fragt zum Änderungsantrag 02/5, warum der Ansatz des Titels 514 01 – Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl. – trotz sinkender Zahl der Dienstwagen erhöht werde. Insbesondere interessiere ihn

noch, weshalb das Staatsministerium ein Moped mit alternativem Antrieb kaufen wolle.

Der Staatsminister antwortet, das Staatsministerium habe sich für Dienstfahrten innerhalb Stuttgarts ein Elektromoped zugelegt, weil es dies für einen umweltfreundlichen, flexiblen Beitrag halte. Andererseits sei vom Ressort ein Ministerfahrzeug eingespart worden. Das Elektromoped habe im Übrigen 3 300 € und nicht, wie die AfD im Änderungsantrag 02/5 unterstelle, 32 000 € gekostet.

Der Abgeordnete der Fraktion der AfD erwidert, dies beantworte aber noch nicht die Frage, warum das Ministerium den Ansatz des Titels 514 01 um 32 000 € angehoben habe.

Der Staatsminister teilt mit, die Mittel seien ursprünglich eingestellt worden, um ein Ersatzfahrzeug zu besorgen. Man habe sie schließlich jedoch nicht für den Kauf, sondern für Leasingausgaben verwandt, da dies wirtschaftlicher gewesen sei.

Der Vorsitzende bemerkt, der Änderungsantrag 02/21 gehe weiter als der Änderungsantrag 02/3. Deshalb lasse er über den Änderungsantrag 02/21 zuerst abstimmen.

Der Änderungsantrag 02/21 wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag 02/3 insgesamt verfällt ebenfalls mehrheitlich der Ablehnung.

Die Änderungsanträge 02/4, 02/5 und 02/6 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Dem Änderungsantrag 02/22 stimmt der Ausschuss mehrheitlich zu.

Der Änderungsantrag 02/7 wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, der Änderungsantrag 02/8 gehe weiter als die Änderungsanträge 02/23 und 02/1. Deshalb stelle er zunächst den Änderungsantrag 02/8 zur Abstimmung.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag 02/8 mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende erwähnt, die Änderungsanträge 02/23 und 02/1 seien inhaltlich identisch. Sie unterschieden sich nur darin, dass nach dem Änderungsantrag 02/23 noch die Erläuterungen ergänzt werden sollten. Er fragt, ob über die beiden Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden könne.

Der Berichterstatter CDU betont, seine Fraktion stimme der Begründung des Änderungsantrags 02/1 nicht zu. Über Begründungen werde jedoch nicht abgestimmt.

Der Vorsitzende bestätigt Letzteres und hält auf erneute Frage hin ohne Widerspruch fest, dass über die beiden Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden könne.

Den Änderungsanträgen 02/23 und 02/1 wird in gemeinsamer Abstimmung mehrheitlich zugestimmt.

Kapitel 0201 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, zu diesem Kapitel seien folgende Änderungsanträge mit zur Beratung aufgerufen: 02/9, 02/10, 02/11, 02/12, 02/13, 02/14, 02/2, 02/24, 02/15, 02/16, 02/17, 02/18 und 02/19.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE gibt die schriftliche Begründung des Änderungsantrags 02/24 wieder.

Der Abgeordnete der Fraktion der SPD führt an, in der Diskussion auf Bundes- und Europaebene rücke das Thema „Bekämpfung von Fluchtursachen“ in den Vordergrund. Dies gelte auch für die Frage, wie mit der Entstehung von Terror umzugehen sei und wie eine gute wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung in anderen Teilen der Welt unterstützt werden könne.

Daher habe es seine Fraktion als etwas enttäuschend empfunden, dass die Zuschüsse zur Förderung internationaler Kooperationen – Titel 685 70 – im Haushaltsentwurf gekürzt worden seien. Die SPD begehre mit ihrem Änderungsantrag 02/2, den Ansatz des aufgegriffenen Titels um 970 000 € zu erhöhen. Dieser Betrag liege über der von den Koalitionsfraktionen geforderten Anhebung um 200 000 € und sei gut begründet. In diesem Zusammenhang gehe es vor allem auch darum, kleine und mittlere Unternehmen für Kooperationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE erklärt, nach ihrer Kenntnis hätten sich die Mittel in diesem Bereich insgesamt verdoppelt. Allerdings seien sie in unterschiedlichen Haushaltstiteln eingestellt. Sie bitte das Staatsministerium hierzu um eine Erläuterung.

Der Staatsminister bringt zum Ausdruck, das Staatsministerium habe sich bemüht, einerseits dem bedeutsamen Aufgabenbereich gerecht zu werden und andererseits den geforderten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. In diesem Sinn habe sich seines Erachtens ein guter Kompromiss erzielen lassen.

Die in Rede stehenden Aufgaben seien so umfangreich angelegt, dass der Mittelaufwand sicherlich definiert werden müsse. Wenn der Landtag für das Staatsministerium höhere Mittel bewillige, sei es prinzipiell aber immer dankbar.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD merkt an, ihn würde interessieren, ob die Aussage seiner Vorrednerin zutrefte, dass die Mittel in diesem Bereich insgesamt angehoben worden seien.

Die Abgeordnete der Fraktion GRÜNE bekräftigt, nach ihrer Information seien zur Umsetzung entwicklungspolitischer Leitlinien des Landes weitere Mittel ausgebracht worden. Da diese unterschiedlichen Projekten zufließen, seien sie jedoch in verschiedenen Haushaltstiteln eingestellt.

Der zuerst zu Wort gekommene Abgeordnete der Fraktion der SPD erwidert, dies würde in der Konsequenz aber bedeuten, dass der vom Staatsminister erwähnte Einsparbeitrag nicht erbracht worden sei.

Der Staatsminister gibt bekannt, an einer Stelle werde gespart, während an einer anderen Mittel erhöht würden. Insgesamt betrachtet, habe er nun jedoch keine Zahl parat. Er sagt zu, dem Ausschuss die Details schriftlich zukommen zu lassen.

Die Änderungsanträge 02/9, 02/10, 02/11, 02/12 und 02/13 werden jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende teilt mit, der Änderungsantrag 02/14 gehe weiter als die Änderungsanträge 02/2 und 02/24. Deshalb lasse er über den Änderungsantrag 02/14 zuerst abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag 02/14 mehrheitlich ab.

Ebenfalls mehrheitlich verfällt der Änderungsantrag 02/2 der Ablehnung.

Dem Änderungsantrag 02/24 wird in förmlicher Abstimmung zugestimmt.

Die Änderungsanträge 02/15, 02/16, 02/17, 02/18 und 02/19 lehnt der Ausschuss jeweils mehrheitlich ab.

Kapitel 0202 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Der Änderungsantrag 02/20 wird mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 0204 mehrheitlich genehmigt.

Kapitel 0208 mehrheitlich genehmigt.

Der Staatsminister lädt den Finanzausschuss im Namen des Ministerpräsidenten zu einem Empfang in die Villa Reitzenstein im Sommer 2017 ein. Er unterstreicht, diese Einladung folge einer Tradition und sei Ausdruck der besonderen Wertschätzung für die Arbeit und die Verantwortung, die der Ausschuss übernehme.

Der Vorsitzende dankt für die Einladung und fügt hinzu, ein konkreter Termin müsse noch mit den zuständigen Fraktionssprechern und der Landtagsverwaltung abgestimmt werden.

30.01.2017

Claus Paal

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/1

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:

(S. 26)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 80	011	Zuschüsse zur Förderung von Projekten	
			statt 400,0
			zu setzen 500,0
			(+100,0)

13.01.2017

Stoch, Hofelich, Rivoir und Fraktion

Begründung: Donaunraumstrategie umsetzen!

Im Vergleich zum Staatshaushaltsplan 2016 sieht der Entwurf zum Staatshaushaltsplan 2017 an dieser Stelle eine Reduzierung um 100.000 EUR vor. Diese Kürzung steht im Widerspruch zu Aussagen im Koalitionsvertrag, wo die Landesregierung (auf S. 121) erklärt, „die Verbesserung der Situation von Minderheiten in den Ländern des östlichen Donaunraums, insbesondere die Fortschreibung der Roma-Strategie zu einem weiteren Schwerpunkt“ ihrer politischen Arbeit machen zu wollen. Zudem beabsichtigt die Landesregierung, zu prüfen, inwieweit die Donaunraumstrategie noch stärker als bisher zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Fragen der Migration beitragen kann. Aus diesen Gründen wird die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 100.000 EUR auf das Vorjahresniveau beantragt.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/2

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministeriums

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 46)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen	
			statt 1.000,0
			zu setzen 1.970,0
			(+970,0)

13.01.2017

Stoch, Hofelich und Fraktion

Begründung: Internationale Kooperationen stärker fördern!

Gegenüber dem Staatshaushaltsplan 2016 sieht der Entwurf zum Staatshaushaltsplan 2017 an dieser Stelle eine deutliche Reduzierung vor. Ungeachtet der Fördermittel für die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und der dafür aktuell veranschlagten Zuschüsse in Höhe von 522.000 EUR für Projekte in Dohuk (Norderak) steht diese Kürzung im Widerspruch zu Aussagen im Koalitionsvertrag und den darin verankerten Zielen und Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien in Baden-Württemberg. So erklärt die Landesregierung u. a., (auf S. 124), dass sie gemeinsam mit der Wirtschaft den Unternehmensdialog fortzusetzen gedenkt, um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) für Kooperationen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit gewinnen. Auch soll zusammen mit Schulen und Hochschulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen mit Leben zu füllen und die Kooperation zwischen außerschulischen Akteuren und Schulen fördern. Dafür braucht es eine entsprechende finanzielle Unterfütterung. Die Anhebung der Mittel auf das Vorjahresniveau ist an dieser Stelle angemessen und richtig.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/3

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

I. Im Betragsteil zu ändern:

(S. 9)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	
			<i>statt</i> 6.828,9
			<i>zu setzen</i> 6.678,0
			(-150,9)

II. Im Stellenteil zu ändern:

(S. 89)

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2017
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte	
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	
		1. Ministerium	
B 10		Staatsminister und Chef der Staatskanzlei	<i>statt</i> 1,0
			<i>zu setzen</i> 0,0
			(-1,0)

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Ein Staatssekretär ist ausreichend, um das Staatsministerium und die Staatskanzlei zu leiten. Die Konsolidierung des Haushalts hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/4

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:
(S.12)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	
			statt 340,1
			zu setzen 300,0
			(-40,1)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig. Das Soll in 2016 lag bei 294.000 Euro.
Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304
Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/5

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:
(S.12)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR	
514 01	011	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.		
			staff	170,0
			zu setzen	130,0
				(-40,0)
		Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:		
		„Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	
		1. Haltung von Dienstfahrzeugen	128,0	
		2. Dienstkleidung und dgl.	2,0	
		zus.	130,0	
		Bestand an Dienstfahrzeugen	2016	2017
		Pkw	14	13
		davon mit alternativem Antrieb	9	9
		Kombi-, Ersatz und Spezialfahrzeuge mit Sonderausstattung Funk usw.	2	2
		davon geleast	2	2
		davon mit alternativem Antrieb	2	2
		Krafträder und Mopeds	0	0
		davon geleast	0	0
		davon mit alternativem Antrieb	0	0"

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig und ideologisch motiviert. Der Ministerpräsident und seine Staatskanzlei stehen in besonderer Verantwortung gegenüber dem Bürger über Verwendung des Steuergeldes. Die Anschaffung eines Mopeds oder Kraftrads mit alternativem Antrieb ist praktizierte grüne Ideologie zu Lasten des Landeshaushalts. Das Soll in 2016 lag bei 138.000 Euro. Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/6

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:

(S. 19)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	
			staff 816,6
			zu setzen 550,0
			(-266,6)

14.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Landesverwaltung verfügt über ausreichendes und kompetentes Personal. Ein Erwerb von Dienstleistungen ist oft nicht erforderlich. Dienstleistungen werden von der Landesregierung zu teuer eingekauft. Der massive Anstieg zu den Vorjahren ist nicht notwendig.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/7

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:
(S.26)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
547 80	011	Sachaufwand	
			statt 50,0
			zu setzen 0,0
			(-50,0)

16.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Deutschland ist der größte EU-Netto-Zahler. Osteuropäische Länder sind Netto-Empfänger. Zusätzliche Projekte zur Förderung des Donauraumes sind Doppelförderungen und somit nicht nötig. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/8

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:
(S.26)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 80	011	Zuschüsse zur Förderung von Projekten	
			<i>statt</i> 400,0
			<i>zu setzen</i> 0,0
			(-400,0)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Deutschland ist der größte EU-Netto-Zahler – die Länder Osteuropas sind Netto-Empfänger. Zusätzliche Projekte zur Förderung des Donauraumes sind Doppelförderungen und somit nicht nötig. Die Landesregierung sollte sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Da diese vernachlässigt werden, sollten keine Ausgaben für interkulturelle Bildung verwendet werden. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/9

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Staatsministerium

Zu ändern:
(S.38)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung	
			statt 200,0
			zu setzen 50,0
			(-150,0)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig. Gerade im Staatsministerium muss vorbildlich und effizient gewirtschaftet werden. Eingespart werden soll sowohl die Herausgabe als auch der Druck von Broschüren. Diese können auch digital abgerufen werden. Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/10

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.38)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 03	013	Internetauftritt der Landesregierung	
			staff 400,0
			zu setzen 200,0
			(-200,0)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig. Gerade im Staatsministerium muss vorbildlich und effizient gewirtschaftet werden. Zu kritisieren ist der massive Anstieg des Betrags verglichen mit den Vorjahren. Der Betrieb der Seite ist wirtschaftlicher durchzuführen. Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/11

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
 (S.38)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 04	013	Öffentlichkeitsarbeit für Baden-Württemberg	
			statt 1.250,0
			zu setzen 1.000,0
			(-250,0)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Wettbewerb zwischen den Bundesländern um die Fachleute sollte vor allem von der Wirtschaft und durch gute Politik geführt werden, nicht durch große staatlich finanzierte Werbebudgets. Gerade im Staatsministerium muss vorbildlich und effizient gewirtschaftet werden, weswegen die Ausgaben unverhältnismäßig sind. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/12

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.39)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 05 N	011	Zur Wahrnehmung von Repräsentationsverpflichtungen des Landes beim Bund und für die politische Koordination	
			statt 6,0
			zu setzen 0,0
			(-6,0)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig. Hier liegt eine Doppelförderung vor. Der Titel 541 02 mit Funktionskennzahl 011 enthält ausreichende Mittel für die Vertretung des Landes beim Bund. Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/13

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.40)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
541 02	011	Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung	
			statt 1.193,0
			zu setzen 1.000,0
			(-193,0)

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der Kostenaufwuchs bei Staatsbesuchen ist unverhältnismäßig hoch. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/14

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.46)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperation	
			statt 1.000,0
			zu setzen 0,0
			(-1.000,0)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Finanzierung von internationaler Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Hier findet eine Doppelförderung statt. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und ist effizient zu bewirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/15

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.46)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
686 70 N	011	Zuschuss an die Stiftung Entwicklungs- Zusammenarbeit Baden-Württemberg	
			statt 150,0
			zu setzen 0,0
			(-150,0)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Der allgemeine Aufwuchs an Ausgaben ist unverhältnismäßig. Entwicklungshilfe ist nicht Aufgabe der Landesregierung. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes hat Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/16

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.57)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 85 N	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte	
			statt 84,3
			zu setzen 0,0
			(-84,3)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Finanzierung von internationaler Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Hier findet eine Doppelförderung statt. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/17

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.57)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 85 N	011	Öffentlichkeitsarbeit	
			<i>statt</i> 25,0
			<i>zu setzen</i> 0,0
			(-25,0)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Finanzierung von internationaler Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Hier findet eine Doppelförderung statt. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/18

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.57)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 85 N	011	Sonstiger Sachaufwand	
			statt 41,3
			zu setzen 0,0
			(-41,3)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Finanzierung von internationaler Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Hier findet eine Doppelförderung statt. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/19

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:
(S.58)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 85 N	011	Zuschüsse	
			statt 522,0
			zu setzen 0,0
			(-522,0)
		Die Erläuterung wird aufgehoben.	

03.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Die Finanzierung von internationaler Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes. Hier findet eine Doppelförderung statt. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/20

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0204 Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Zu ändern:
(S.66)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
531 03	011	Aufwendungen für Veranstaltungen des Landes beim Bund	
			statt 845,0
			zu setzen 700,0
			(-145,0)

16.01.2017

Dr. Meuthen und Fraktion

Begründung

Kürzung wegen unverhältnismäßigem Kostenaufwuchs. Das Staatsministerium erfüllt eine Vorbildfunktion und muss effizient wirtschaften, weswegen gerade hier Ausgabenkürzungen vorgenommen werden müssen. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben. Die Konsolidierung des Haushaltes und die Tilgung von Schulden haben Priorität.

Deckung: Die Kürzungen an dieser Stelle decken die Mehrausgaben bei EP 13 Kapitel 1304 Titel 781 79 Erhaltung.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/21

Änderungsantrag
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 – Ministerium

I. Im Betragsteil zu ändern:

(S. 9)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	
			<i>statt</i> 6.828,9
			<i>zu setzen</i> 6.019,8
			(-809,1)

II. Im Stellenteil zu ändern:

(S. 89)

Titel Bes. Gr. Entg. Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl 2017
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte	
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	
		1. Ministerium	
1. B 3		Ministerialrat	<i>statt</i> 12,0
			<i>zu setzen</i> 11,0
			(-1,0)
2. A16		Ministerialrat	<i>statt</i> 23,0
			<i>zu setzen</i> 20,0
			(-3,0)
3. A15		Regierungsdirektor	<i>statt</i> 34,0
			<i>zu setzen</i> 29,0
			(-5,0)
4. A14		Oberregierungsrat	<i>statt</i> 12,0
			<i>zu setzen</i> 11,0
			(-1,0)

Die Veränderungen sind im Veränderungsnachweis entsprechend darzustellen.

17.01.2017

Dr. Rülke und Fraktion

Begründung

Dieser Antrag reduziert den unnötigen Stellenaufwuchs aus dem dritten Nachtrag 2015/2016 und dient zur Gegenfinanzierung der Anträge zum Verfassungsschutz und zu den Leistungsschauen.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/22

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:

(S. 25)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 79	011	Beratungsgutscheine für Bürgerschaftliche Initiativen	
			statt 0,0
			zu setzen 62,5
			(+62,5)

17.01.2017

Schwarz, Andreas und Fraktion
Dr. Reinhart und Fraktion

Begründung

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels leisten örtliche, bürgerschaftliche Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Anpassung der Infrastrukturen etwa in der Nahversorgung oder bei Sozialen Diensten. Um ein Vorhaben in der örtlichen Gemeinschaft zum Erfolg zu führen, benötigen die engagierten Bürgerinnen und Bürgern oftmals eine fachliche Beratung etwa in Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen sowie bei der Markterkundung. Mit den hier beantragten Mitteln sollen diesen bürgerschaftlichen Initiativen – analog zu den Innovationsgutscheinen für KMU – Beratungsgutscheine für ein bis vier Beratungstage nach einer unkomplizierten Förderrichtlinie (der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft) bewilligt werden. Für das überaus erfolgreiche Programm der Allianz für Beteiligung e. V., das für die engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine sehr wertvolle Unterstützung darstellt, sollen in 2017 einmalig Mittel in Höhe von 62.500 € zur Verfügung gestellt werden.

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/23

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0201 Staatsministerium

Zu ändern:

(S. 26)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 80	011	Zuschüsse zur Förderung von Projekten	
			statt 400,0
			zu setzen 500,0
			(+100,0)
		Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:	
		Erläuterung: Für interkulturelle Bildungsprojekte der verschiedenen Roma-Gemeinschaften „und Capacity-Building-Projekte“.	

17.01.2017

Schwarz, Andreas und Fraktion
Dr. Reinhart und Fraktion

Begründung

Capacity-Building-Projekte dienen einer nachhaltigen Hilfe zur Selbsthilfe. In europäischen Krisenzeiten wie diesen spielt es eine herausragende Rolle, den Donauraum in seiner Eigenverantwortung und seiner Projektkompetenz zu stärken und damit auch Beitrittskandidaten wie Serbien und Montenegro aktiv dabei zu helfen, ein vollwertiges EU-Mitglied zu werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre in der Umsetzung der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) haben gezeigt, dass Capacity Building Projekte der richtige Ansatz für ein Land wie BW sind, sich adäquat und nachhaltig im Donauraum einzubringen. Für die Pilotphase werden einmalig Mittel in 2017 i.H.v. 100.000 € zur Entwicklung und Durchführung eines Projektes benötigt.

Konkret ist ein Pilotprojekt zur beruflichen Bildung im Donauraum geplant, um Perspektiven für arbeitslose Jugendliche zu schaffen, Jugendarbeitslosigkeit abzumildern, die Wirtschaft sowie die Kultusverwaltung entsprechend in einem Capacity Building Projekt mitzunehmen und so genannte Change Agents durch einen zweiwöchigen Workshop in die Lage zu versetzen, die Lösungsansätze in ihrem Land zu implementieren.

Seite 1 von 1

Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode

02/24

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2017

Der Landtag wolle beschließen:

Einzelplan 02 – Staatsministerium

Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Zu ändern:

(S. 46)

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 70	011	Zuschüsse zur Förderung Internationaler Kooperationen	
			<i>statt</i> 1.000,0
			<i>zu setzen</i> 1.200,0
			(+200,0)

17.01.2017

Schwarz, Andreas und Fraktion
Dr. Reinhart und Fraktion

Begründung

Der Koalitionsvertrag hat dem Aufgabenfeld Entwicklungszusammenarbeit große Bedeutung eingeräumt. Die stärkere Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit an der Bekämpfung von Fluchtursachen bspw. erfordert strukturelles und planmäßiges Vorgehen sowie Planungssicherheit. Die Mittelbindung im Bereich Entwicklungszusammenarbeit liegt bei über 90 Prozent. „Freie“ Mittel für neue, eigene Projekte oder zur Hebelung von Bundesmitteln sind kaum vorhanden. Vor diesem Hintergrund sollen zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 € einmalig in 2017 zur Verfügung gestellt werden.